

Wirtschaftsgipfel Toronto

Treffen der Staats- und Regierungschefs
vom 19. bis 21. Juni 1988

Politische Erklärung

Toronto, 20. Juni 1988

I. Ost-West

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs unserer sieben Länder und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, bekennen uns gemeinsam zu den Grundsätzen der Freiheit und der Achtung der Rechte des einzelnen sowie zum Streben aller Menschen nach einem Leben in Frieden und Gerechtigkeit. Unsere Völker stehen im Rahmen unserer bestehenden Bündnisse solidarisch für die Sache der Freiheit, die Wahrung der Demokratie und des durch sie geschaffenen Wohlstands ein. In unseren Erörterungen haben wir uns mit der Frage befaßt, wie diese Ziele und Wertvorstellungen im außenpolitischen Bereich, insbesondere hinsichtlich der Ost-West-Beziehungen, verfolgt werden können.

2.

Wir traten in die Erörterung eines breiten Spektrums regionaler Fragen ein, die sich während des gesamten Gipfels fortsetzt.

3.

Wir bekräftigten unsere Auffassung, daß der konstruktive und realistische Dialog und die konstruktive und realistische Zusammenarbeit unter Einschluß von Rüstungskontrolle, Menschenrechten und regionalen Problemen der Weg sind, auf dem Stabilität zwischen Ost und West und mehr Sicherheit auf niedrigerem Rüstungsniveau erzielt werden können. Desgleichen haben wir festgestellt, daß auf absehbare Zeit nukleare Abschreckung und angemessene konventionelle Stärke die Garanten für Frieden in Freiheit sind.

4.

Seit unserem letzten Treffen ist es in vielerlei Hinsicht zu wichtigen Veränderungen in den Beziehungen zwischen dem Westen und der Sowjetunion gekommen. Unsererseits ist diese Entwicklung eingetreten, weil die demokratischen Industriestaaten stark und geeint geblieben sind. In der Sowjetunion werden mehr Freiheit und größere Offenheit die Chance bieten, Mißtrauen abzubauen und Vertrauen zu schaffen. Jeder von uns wird positiv auf alle derartigen Entwicklungen reagieren.

5.

Wir begrüßen den Beginn des Abzugs der sowjetischen Besatzungstruppen aus Afghanistan. Er muß vollständig sein und sich auf das ganze Land erstrecken. Das afghanische Volk muß seine Regierung frei wählen können. Jeder

von uns bekräftigt seine Bereitschaft, seinen Teil zu den Bemühungen beizutragen, die die Völkergemeinschaft unternimmt, um die Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Heimatland, ihre Wiederansiedlung und den Wiederaufbau ihres Landes sicherzustellen. Jetzt erwarten wir von der Sowjetunion auch zur Lösung anderer regionaler Konflikte einen konstruktiven Beitrag.

6.

Seit unserem letzten Treffen haben die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion Fortschritte erzielt, indem sie eine Reduzierung von Kernwaffen vereinbarten, die voll und ganz mit den Sicherheitsinteressen jedes unserer Länder im Einklang stehen. Mit dem INF-Vertrag als direktem Ergebnis der westlichen Standhaftigkeit und Einigkeit werden erstmalig Kernwaffenarsenale tatsächlich verringert. Durch ihn werden äußerst wichtige Präzedenzfälle für künftige Rüstungskontrollvereinbarungen geschaffen: asymmetrische Verringerungen und weitreichende Nachprüfungsregelungen. Nun warten wir auf drastische Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen strategischen Offensivwaffen. Wir beglückwünschen Präsident Reagan zu dem im Hinblick auf dieses Ziel zusammen mit Generalsekretär Gorbatschow bereits Erreichten.

7.

Den Kern des Sicherheitsproblems in Europa bilden jedoch die massive Präsenz sowjetischer konventioneller Streitkräfte in Osteuropa, die sich daraus ergebende konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes und seine Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und raumgreifenden Offensiven. Ebenso ist die sowjetische Aufrüstung im Fernen Osten eine Hauptursache der Instabilität in Asien. Diese Bedrohungen müssen verringert werden. Unser Ziel ist mehr Sicherheit und Stabilität auf einem niedrigeren Streitkräfteniveau nach der Beseitigung der bestehenden Ungleichgewichte. Wir streben nach der baldigen Verhängung eines umfassenden, wirksam nachprüfbaren und wirklich weltweiten Verbots chemischer Waffen.

8.

Wahrer Friede kann nicht durch Rüstungskontrolle allein herbeigeführt werden. Er muß seine feste Grundlage in der Achtung der fundamentalen Menschenrechte haben. Wir fordern die Sowjetunion nachdrücklich auf, bei der Gewährleistung der Menschenwürde und der Freiheitsrechte weiter voranzuschreiten und ihre Verpflichtungen im Rahmen des Helsinki-Prozesses voll und ganz zu erfüllen und wesentlich verbindlicher zu machen. Die Fortschritte der letzten Zeit müssen in Gesetzgebung und Praxis verankert werden, die schmerzlichen Grenzen, die Menschen voneinander trennen, müssen verschwinden, und die Ausreisebehinderungen müssen beseitigt werden.

9.

Wir widmen den Ländern in Osteuropa besondere Aufmerksamkeit. Wir ermutigen sie, ihre Wirtschaft und Gesellschaft zu öffnen und auf eine bessere Achtung der Menschen-

rechte hinzuwirken. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Fortsetzung und Stärkung des Helsinki-Prozesses.

10.

Wir begrüßen das zunehmende Interesse der östlichen Länder an einer Beendigung ihrer wirtschaftlichen Isolation, zum Beispiel durch die Aufnahme und Entwicklung von Beziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West können ausgebaut werden und unseren gemeinsamen Interessen dienlich sein, wenn die kommerzielle Grundlage solide ist, sie im Rahmen der grundlegenden Prinzipien und Regeln des internationalen Handels- und Zahlungssystems gestaltet werden und mit den Sicherheitsinteressen jedes unserer Länder vereinbar sind.

II. Terrorismus

11.

Wir bekräftigen nachdrücklich unsere Verurteilung des Terrorismus in allen seinen Formen einschließlich Geiselnahme. Wir bekennen uns erneut zu den auf früheren Gipfelkonferenzen vereinbarten Strategien und Maßnahmen, insbesondere zu denen gegen den staatlich geförderten Terrorismus.

12.

Wir verurteilen scharf die jüngsten Bedrohungen der Luftsicherheit, vor allem die Zerstörung eines koreanischen und die Entführung eines kuwaitischen Flugzeugs. Wir erinnern an den in früheren Erklärungen bekräftigten Grundsatz, daß Terroristen nicht ungestraft davonkommen dürfen. Wir appellieren an alle Länder, die nicht Vertragspartei der internationalen Übereinkünfte über die Sicherheit der Zivilluftfahrt und insbesondere des Haager Übereinkommens sind, diesen Übereinkünften beizutreten.

13.

Wir bekunden unsere Unterstützung für die gegenwärtig in der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation unternommenen Arbeiten zur Verstärkung des internationalen Schutzes gegen Flugzeugentführungen. Wir begrüßen die jüngste Erklärung des Rates der ICAO, die den Grundsatz festschreibt, daß entführte Flugzeuge, wenn sie einmal gelandet sind, keine Starterlaubnis erhalten, es sei denn, daß die in der ICAO-Erklärung näher bestimmten Umstände vorliegen.

14.

Wir begrüßen, daß im Interesse der Erhöhung der Sicherheit von Reisenden dieses Jahr in Montreal und Rom zwei internationale Übereinkommen über die Sicherheit der Luftfahrt und der Seeschifffahrt angenommen worden sind.

15.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, den Kampf gegen den Terrorismus fortzusetzen, indem wir Recht und Gesetz anwenden, Terroristen und ihren Helfern keine Zugeständnisse machen sowie international zusammenarbeiten.

III. Drogen

16.

Die rechtswidrige Verwendung von Drogen und der illegale Handel mit ihnen bringen sowohl für die Menschen in den Gipfelländern als auch für die Bevölkerung der Ursprungs- und Transitländer ernste Gefahren mit sich. Es ist dringend nötig, in allen geeigneten Gremien die internationale Zusammenarbeit zur Ausarbeitung von Programmen zur Bekämpfung aller Aspekte des Problems illegaler Drogen zu verbessern; dabei geht es insbesondere um Drogengewinnung, Drogenhandel und die Finanzierung des Drogenhandels. Die Vielschichtigkeit des Problems macht eine zusätz-

liche internationale Zusammenarbeit erforderlich, damit insbesondere die Erlöse aus dem Drogenhandel aufgespürt, eingefroren und beschlagnahmt und die Geldwäsche unterbunden werden können.

17.

Wir hoffen, daß die im November in Wien stattfindenden Verhandlungen über ein Übereinkommen der Vereinten Nationen zum illegalen Drogenhandel erfolgreich abgeschlossen werden.

18.

Wir unterstützen die Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten, eine besondere Arbeitsgruppe einzuberufen; sie soll Vorschläge machen, auf welche Weise die Zusammenarbeit in allen Bereichen, bei den nationalen, bilateralen und multilateralen Anstrengungen, im Kampf gegen den Drogenmißbrauch verbessert werden kann.

Wirtschaftserklärung von Toronto

Toronto, 21. Juni 1988

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs von sieben großen Industriestaaten und der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, sind zum diesjährigen 14. Wirtschaftsgipfel in Toronto zusammengekommen. Wir haben die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und die Zukunftsperspektiven erörtert.

2.

In den letzten 14 Jahren ist es in der Weltwirtschaft und in der Wirtschaftspolitik zu tiefgreifenden Veränderungen gekommen. Insbesondere die Revolution der Informationstechnologien und die Globalisierung der Märkte haben die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit verstärkt, so daß es für die Regierungen wesentlich ist, die internationalen Dimensionen ihrer Beratungen in vollem Umfang in Betracht zu ziehen.

3.

Wir haben einen scharfen Gegensatz zwischen den siebziger und den achtziger Jahren festgestellt. Die siebziger Jahre waren ein Jahrzehnt mit hoher und steigender Inflation, abnehmendem Produktivitätszuwachs, mit von kurzfristigen Erwägungen bestimmten Strategien sowie mit häufig unzureichender internationaler politischer Zusammenarbeit. In den achtziger Jahren wurde die Inflation unter Kontrolle gebracht, wodurch die Grundlagen für dauerhaftes starkes Wachstum und für eine Verbesserung der Produktivität geschaffen wurden. Die Folge war die längste Periode wirtschaftlichen Wachstums in der Nachkriegszeit. In den achtziger Jahren ergaben sich jedoch bedeutende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in den großen Industriestaaten, größere Wechselkursschwankungen sowie Schuldendienstschwierigkeiten in einer Reihe von Entwicklungsländern. Unsere Antwort auf diese Entwicklungen war ein entschiedeneres Bekenntnis zu internationaler Zusammenarbeit, was zu der verstärkten wirtschaftspolitischen Abstimmung führte, die 1986 auf dem Gipfel in Tokyo vereinbart wurde und auf dem Gipfel in Venedig sowie in der Gruppe der Sieben eine weitere Intensivierung erfuhr.

4.

Gipfeltreffen haben sich als ein wirksames Forum erwiesen, um entscheidende Fragen der Weltwirtschaft zu behandeln, neue Ideen zu fördern und ein Bewußtsein für die gemeinsamen Ziele zu entwickeln. Insbesondere in den achtziger Jahren haben sie die Einsicht verstärkt, daß die erfolgreiche Bekämpfung von Inflation und Inflationserwartungen Grundlage für dauerhaftes Wachstum und für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Diese Einsicht hat zu einer Abkehr von

kurzfristigen Überlegungen hin zu einem mittelfristigen Rahmen für die Entwicklung und Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen geführt sowie zu der Verpflichtung, Effizienz und Anpassungsfähigkeit durch größeres Vertrauen auf die Kräfte des Wettbewerbs und auf Strukturformen zu verbessern. In dieser Zeit haben wir auch eine Reihe anderer Themen von entscheidender Bedeutung identifiziert, denen wir gemeinsam unsere Aufmerksamkeit widmen müssen: Es ist vordringlich, dem Protektionismus entgegenzutreten und das offene multilaterale Handelssystem zu stärken, eine wirksame Strategie zur Bewältigung der entwicklungspolitischen Herausforderung und zur Erleichterung der Schuldenlast beizubehalten und zu vertiefen sowie sich mit der Ernsthaftigkeit der Welt-Agrarprobleme auseinanderzusetzen.

5.

Unsere Volkswirtschaften haben seit unserem letzten Treffen die Wachstumsdynamik beibehalten. Generell nimmt die Beschäftigung nach wie vor zu, die Inflation konnte eingedämmt werden, und bei der Korrektur großer außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte sind Fortschritte erzielt worden. Diese ermutigenden Entwicklungen geben Anlaß zu Optimismus, jedoch nicht zur Selbstzufriedenheit. Die Aufrechterhaltung eines inflationsfreien Wachstums erfordert eine Verpflichtung zu verstärkter Zusammenarbeit. Dies ist der Schlüssel zu Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

Internationale wirtschaftspolitische Abstimmung

Makroökonomische Politik und Wechselkurse

6.

Die Gipfeltreffen in Tokyo und Venedig haben die Abstimmung unserer Wirtschaftspolitik weiterentwickelt und verstärkt. Die Entwicklungen im Gefolge der Spannungen auf den Finanzmärkten vom Oktober vergangenen Jahres beweisen die Wirksamkeit und Elastizität der erzielten Regelungen. In der Gruppe der Sieben werden die Politik, die kurzfristigen Aussichten und die mittelfristigen Ziele und Prognosen unserer Volkswirtschaften regelmäßig erörtert. Politik und Leistungsfähigkeit werden auf der Grundlage von Wirtschaftsindikatoren beurteilt. Wir begrüßen die Fortschritte bei der Verfeinerung der für die Analyse verwendeten Indikatoren sowie die Tatsache, daß zusätzlich zu den bereits vorhandenen Indikatoren ein Rohstoffpreisindikator eingeführt wurde. Der Fortschritt bei der Koordinierung trägt dazu bei, das Funktionieren des internationalen Währungssystems weiter zu verbessern.

7.

Fiskal-, geld-, währungs- und strukturpolitische Maßnahmen sind ergriffen worden, um die Anpassung in Richtung auf stabilere wirtschaftliche und finanzielle Positionen bei inflationsfreiem Wachstum zu fördern. Die diesbezüglichen Bemühungen einschließlich eines kontinuierlichen Abbaus von Haushaltsdefiziten werden fortgesetzt werden. Wir müssen weiterhin wachsam bleiben, um jegliches Wiederaufklappen der Inflation zu verhindern. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, die vereinbarte Strategie abgestimmter Bemühungen um eine Verringerung des Ausgabenzuwachses in Ländern mit großen Handelsbilanzdefiziten und eine Aufrechterhaltung der auf der Binnennachfrage beruhenden Dynamik in Ländern mit großen Handelsbilanzüberschüssen fortzusetzen und, soweit möglich, zu intensivieren. Die Verringerung großer außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte wird jedoch nicht nur die gemeinsamen Bemühungen die Gipfelländer, sondern auch der kleineren Volkswirtschaften, einschließlich der der Schwellenländer, mit großen außenwirtschaftlichen Überschüssen erfordern.

8.

Die Wechselkursänderungen in den letzten drei Jahren, insbesondere die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem

japanischen Yen und den wichtigsten europäischen Währungen, haben bei der Anpassung der realen Handelsbilanzen eine wesentliche Rolle gespielt. Wir bekräftigen die Schlußfolgerung der Gruppe der Sieben, daß sowohl zu große Ausschläge der Wechselkurse, ein weiteres Absinken des Dollar, wie auch ein so starker Anstieg des Dollarkurses, daß er den Anpassungsprozeß gefährdet, durch Beeinträchtigung der Wachstumsaussichten innerhalb der Weltwirtschaft kontraproduktiv sein könnten.

Strukturformen

9.

Internationale Zusammenarbeit umfaßt mehr als die Abstimmung makroökonomischer Maßnahmen. Strukturformen ergänzen die makroökonomischen Initiativen, erhöhen deren Wirksamkeit und schaffen die Grundlage für ein kräftigeres Wachstum. Wir werden gemeinsam unsere Fortschritte bei den Strukturformen überprüfen und uns um eine Einbeziehung der Strukturpolitik in unsere wirtschaftspolitische Abstimmung bemühen.

10.

Wir werden auch in Zukunft Strukturformen durchführen, indem wir Beschränkungen, unnötige Kontrollen und Vorschriften aufheben, den Wettbewerb verstärken, aber gleichzeitig nachteilige Auswirkungen auf soziale Gruppen oder bestimmte Gebiete mildern, und indem wir Arbeits-, Spar- und Investitionsbereitschaft hemmende Bestimmungen beispielsweise durch eine Steuerreform beseitigen sowie Bildung und Ausbildung verbessern. Die von jedem unserer Länder konkret festgelegten Prioritäten werden in der beigefügten Anlage (s. S. 826) aufgeführt.

11.

Wir begrüßen die Weiterentwicklung der Überwachung von Strukturformen durch die OECD. Eine derartige Überwachung könnte insbesondere dazu dienen, das Verständnis der Öffentlichkeit zu erhöhen, indem sie die Auswirkungen dieser Reformen auf den Staatshaushalt, die Verbraucherpreise und den Welthandel erkennen ließe.

12.

Die Agrarpolitik bildet sowohl in Industriestaaten als auch in Entwicklungsländern eines der wichtigsten Strukturprobleme. Es kommt darauf an, die beträchtlichen Reformbemühungen einiger Partner durch weitere positive Maßnahmen aller Gipfelländer fortzusetzen. Stärker marktorientierte agrarpolitische Maßnahmen sollten zur Verwirklichung wichtiger Zielsetzungen beitragen, so z. B. zur Erhaltung ländlicher Gebiete und der bäuerlichen Familienbetriebe, zur Hebung der Qualitätsnormen und zum Schutz der Umwelt. Wir begrüßen, daß die OECD der Strukturanpassung und Entwicklung in der Wirtschaft des ländlichen Raumes mehr Bedeutung beimißt.

13.

Finanzielle und technologische Innovationen führen zu einer raschen weltweiten Integration der Finanzmärkte, so daß sie zu einer besseren Kapitalverteilung beitragen, aber auch bewirken, daß Turbulenzen in einem Land schneller und in größerem Ausmaß auf andere Länder übergreifen können. Wir werden weiterhin mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um die Funktionsweise des internationalen Finanzsystems einschließlich der Wertpapiermärkte zu untersuchen.

Multilaterales Handelssystem/Uruguay-Runde

14.

Eine erfolgreiche Uruguay-Runde gewährleistet die Integrität eines offenen und berechenbaren multilateralen Handelssystems auf der Grundlage eindeutiger Regeln, führt zur